



Pressemappe des Sozialgerichts Dortmund

Arbeitsergebnisse 2014

Herausgeber:

Die Präsidentin des Sozialgerichts Dortmund, Anita Schönenborn, Ruhrallee 1 – 3, 44139 Dortmund, Tel.: (0231) 5415-201

Pressesprecher:

Richter am Sozialgericht als weiterer aufsichtführender Richter Ulrich Schorn, Tel.: (0231) 5415-211;

Mobil: 0163/9248572, Fax: (0231) 5415-509, Internet: www.sg-dortmund.nrw.de

Inhaltsübersicht

Die Sozialgerichtsbarkeit Nordrhein-Westfalen	S. 3
Der Bezirk des Sozialgerichts Dortmund	S. 4
Das Sozialgericht Dortmund	S. 5
Inhaltsübersicht über die wesentlichen Fachgebiete	S. 6 - 7
Klageeingänge 2014 - Graphik -	S. 8
Entwicklung der Eingänge, Erledigungen und Bestände - Graphik -	S. 9
Entwicklung der Eingänge, Erledigungen und Bestände 2010 – 2014	S. 10, 12 - 13
Eingänge „Hartz IV“ 2005, 2009 – 2014 gegliedert nach Städten und Kreisen	S. 11
Dauer und Erfolg der Verfahren; Berufungen	S. 14 - 15

Sozialgerichtsbarkeit Nordrhein-Westfalen



Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen

8 Sozialgerichte in:

Aachen, Detmold, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen, Köln, Münster

Der Bezirk des Sozialgerichts Dortmund

Das Sozialgericht Dortmund ist zuständig für insgesamt 3.397.600 Einwohner.

Der Gerichtsbezirk entspricht dem Regierungsbezirk Arnsberg mit Ausnahme der Stadt Herne, umfasst also die Kreise Unna, Soest, Siegen, Olpe, den Ennepe-Ruhr-Kreis, den Hochsauerlandkreis und den Märki-schen Kreis sowie die Städte Dortmund, Hamm, Bochum und Hagen.

Auswärtige Gerichtstage finden statt in:

Arnsberg
Bochum
Hagen
Hamm
Meschede
Olpe
Siegen
Soest

Das Sozialgericht Dortmund

Personal

(Stichtag: 01.01.2015)

Insgesamt:	166 Beschäftigte
Richter/innen:	56, davon 34 Frauen (60,71 %)
Beamte/innen:	20, davon 16 Frauen (80,00 %)
Regierungsbeschäftigte:	79, davon 73 Frauen (92,40 %)
Justizbeschäftigte:	11, davon 1 Frau (9,09 %)
Ehrenamtliche Richter- innen und Richter:	819, davon 264 Frauen (32,23 %)

Spruchkörper

(Stichtag 01.01.2015)

62 Kammern (einschließlich Teilkammern)
– im Wesentlichen auf die einzelnen Sachgebiete wie folgt verteilt:

Schwerbehindertenrecht und soziales Entschädigungsrecht	15 Kammern	(8,85 Dezernate)
Arbeitsförderung	10 Kammern	} (18,08 Dezernate)
Grundsicherung für Arbeitsuchende	19 Kammern	
Sozialhilfe, Leistungen für Asylsuchende	6 Kammern	(2,37 Dezernate)
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	7 Kammern	(6,3 Dezernate)
Unfallversicherung (ohne Bergbau)	4 Kammern	(2,9 Dezernate)
Knappschaftsversicherung und bergbauliche Unfallversicherung	2 Kammern	(1,9 Dezernate)
Vertragsarztrecht	2 Kammern	(1,0 Dezernate)
Krankenversicherung	7 Kammern	(5,25 Dezernate)
Pflegeversicherung	3 Kammern	(1,42 Dezernate)
Güterichterverfahren	1 Kammer	

Inhaltsübersicht über die wesentlichen Fachgebiete

In der **Rentenversicherung** sind die Klagen gerichtet auf die Gewährung von Rente wegen Erwerbsminderung, von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und von Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben. Weitere Streitgegenstände sind u.a. die Vormerkung von Versicherungszeiten, die Berechnung von Renten, die Aufhebung von Rentenbescheiden z.B. wegen der Anrechnung von Einkommen und Erstattungsfordernungen. Hinzu kommen Streitigkeiten wegen Betriebsprüfungen der Rentenversicherungsträger und Feststellungen der Sozialversicherungspflicht.

Im Bereich des **Arbeitsförderungsrechts** wird vor allem um die Höhe von Arbeitslosengeld, um die Rechtmäßigkeit der Feststellung einer Sperr- oder Säumniszeit oder um die Anrechnung von Nebeneinkommen gestritten. Geklagt wird z.B. auch gegen die Ablehnung der Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung.

Die für den Bereich der gesetzlichen **Unfallversicherung** zuständigen Kammern haben vorrangig über Klagen zu entscheiden, bei denen über den Zusammenhang zwischen der versicherten Tätigkeit und dem Unfall, über die Höhe einer arbeitsunfallbedingten Minderung der Erwerbsfähigkeit oder über die Anerkennung von Berufskrankheiten gestritten wird.

Für das Rechtsgebiet der **Krankenversicherung** typische Fallgestaltungen stellen solche Verfahren dar, bei denen um die Anerkennung alternativer Medikamente und Behandlungsmethoden sowie um die Notwendigkeit bestimmter Hilfsmittel und die medizinische Indikation für bestimmte Therapien gestritten wird. Große Bedeutung haben derzeit Streitverfahren zwischen Krankenkassen und Krankenhasträgern um die Erstattung von Behandlungskosten.

Die meisten Klageverfahren aus dem Bereich der **Pflegeversicherung** werden von Versicherten geführt. Hier geht es um die Ermittlung des für die Zuordnung zu einer Pflegestufe maßgeblichen Hilfebedarfs mit Besonderheiten bei dem Hilfebedarf von Kindern, um die Gewährung von Leistungen bei eingeschränkter Alltagskompetenz sowie die Leistungsvoraussetzungen für Pflegehilfsmittel (z.B. Pflegebetten) oder die Gewährung eines Zuschusses zu einer Maßnahme der Wohnumfeldverbesserung. Weitere Klagen betreffen die Gewährung eines sogenannten Wohngruppenzuschlages. Klagen die Träger von Pflegeeinrichtungen, geht es oft im Rahmen der Qualitätssicherung um die Zulässigkeit der Internetveröffentlichung der Ergebnisse von Qualitätsprüfungen in Pflegeeinrichtungen („Pflege-TÜV“/ „Pflegetoten“). Im Bereich der privaten Pflegeversicherung geht es meist um rückständige Beiträge.

Die Verfahren im **Vertragsarztrecht** betreffen u. a. Streitigkeiten um die Zulassung von Ärzten zur vertragsärztlichen Versorgung, Wirtschaftlichkeitsprüfungen, honorarrechtliche Streitigkeiten sowie Disziplinarmaßnahmen. Verfahren über die Zulassung von Psychotherapeuten zur vertragsärztlichen Versorgung und die Vergütung psychotherapeutischer Leistungen werden ebenfalls von den Kassenärztkammern entschieden.

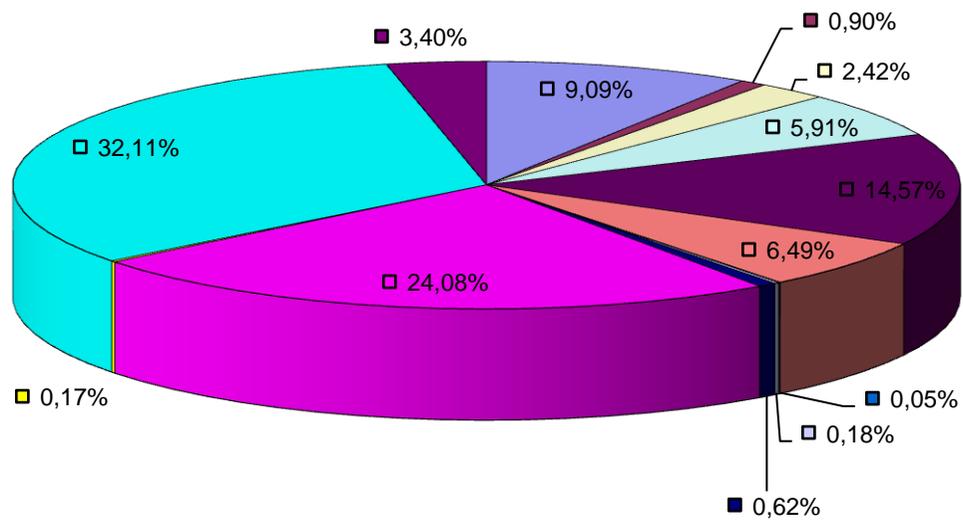
Im Bereich des **Schwerbehindertenrechts** streiten die Beteiligten hauptsächlich über den Grad der Behinderung (GdB) und/oder die Voraussetzungen für die Anerkennung von Nachteilsausgleichen, z.B. wegen erheblicher Beeinträchtigung der Bewegungsfähigkeit im Straßenverkehr.

Das **Recht der sozialen Entschädigung** bei Gesundheitsschäden umfasst das Recht der Kriegsopferversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz und die Entschädigung nach anderen Gesetzen, die auf das Bundesversorgungsgesetz und dessen Leistungsrecht Bezug nehmen. Dementsprechend betreffen die Verfahren aus diesem Bereich Klagen, mit denen der Versorgungsfall einer Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung, ein Impfschaden oder ein Versorgungsfall nach dem Opferentschädigungsgesetz geltend gemacht werden.

Die **Grundsicherung für Arbeitsuchende** betrifft Leistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen. Neben Leistungen zur Eingliederung in Arbeit geht es dabei vorrangig um die Gewährung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts, wobei u.a. Fragen der Berechnung des zu berücksichtigenden Einkommens bzw. des anzurechnenden Vermögens, der Rechtmäßigkeit von Sanktionen oder der Angemessenheit von Wohnkosten zu klären sind.

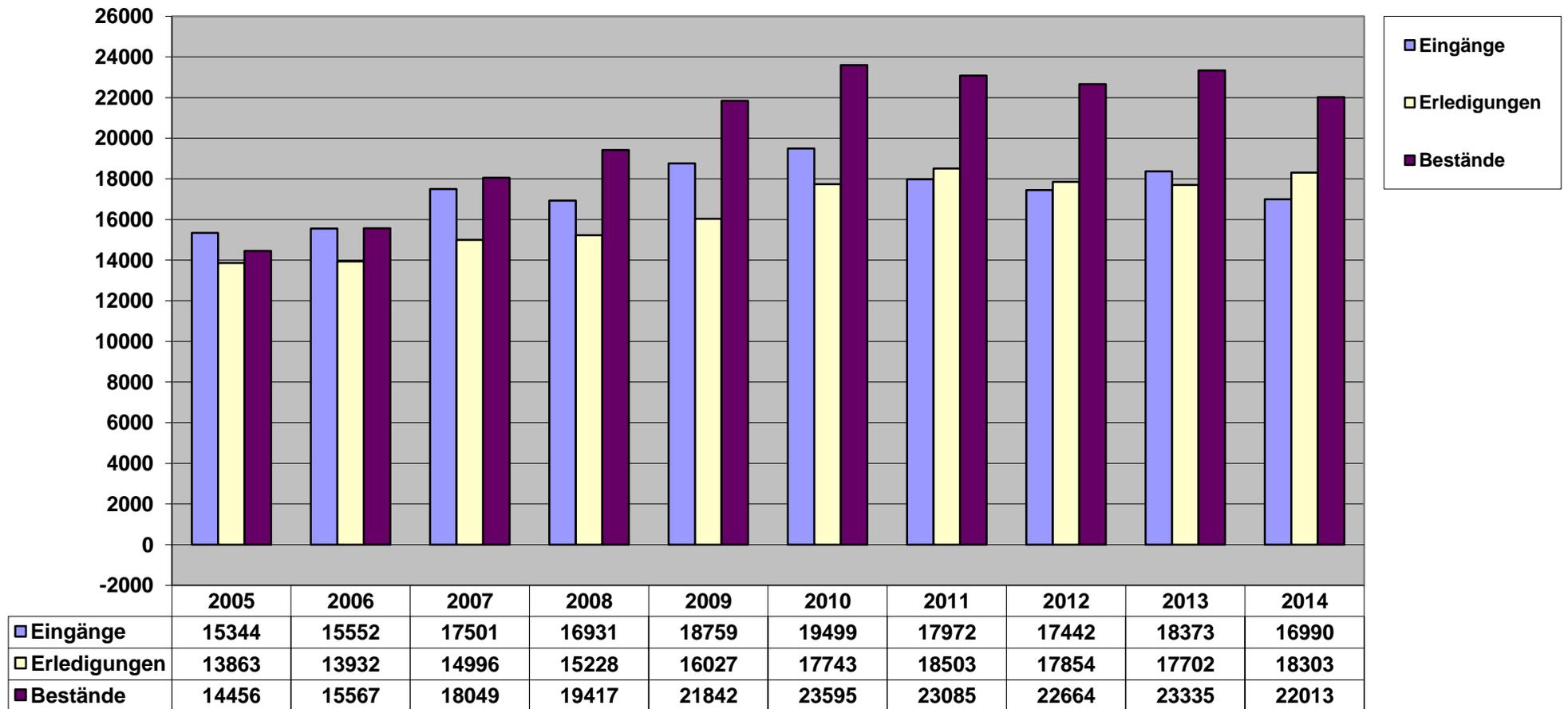
Im **Sozialhilferecht** wird über die Gewährung von Leistungen für nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige gestritten. Das Rechtsgebiet umfasst neben der Hilfe zum Lebensunterhalt, die im Wesentlichen nach festgelegten Regelsätzen erbracht wird, auch die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Darüber hinaus gehören zur Sozialhilfe die Hilfen zur Gesundheit, die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen sowie die Hilfe zur Pflege, zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und die Hilfe in anderen Lebenslagen, wie etwa die Alten- und Blindenhilfe.

Eingänge 2014 - mit einstweiligem Rechtsschutz - (insgesamt 16.990)



- Krankenversicherung
- Vertragsarztrecht
- Pflegeversicherung
- Unfall-/ Bergbau-Unfallversicherung
- Renten-/ Landwirtschaftl. Rentenvers.
- Bundesagentur für Arbeit
- Kindergeldangelegenheiten
- Erziehungsgeldangelegenheiten
- Kriegsopferversorgung
- Schwerbehindertenrecht
- Sonstige Angelegenheiten
- Grundsicherung für Arbeitsuchende
- Sozialhilfe/ Asylbewerberleistungsgesetz

Entwicklung der Eingänge, Erledigungen und Bestände 2014 (mit einstweiligen Rechtsschutz)



Entwicklung der Eingänge 2010 – 2014 (mit einstweiligem Rechtsschutz)

Gesamt:	2005 = 15.344	
	2010 = 19.499	
	2011 = 17.972	(- 7,83 %)
	2012 = 17.442	(- 2,95 %)
	2013 = 18.373	(+ 5,34 %)
	2014 = 16.990	(- 7,53 %)

Anteile der Fachsparten:

Rentenversicherung

2010	2.799	
2011	3.058	(+ 9,25 %)
2012	2.739	(- 10,43 %)
2013	2.565	(- 6,35 %)
2014	2.476	(- 3,47 %)

Arbeitslosenversicherung

2010	1.363	
2011	1.076	(- 21,06 %)
2012	1.075	(- 0,09 %)
2013	1.070	(- 0,47 %)
2014	1.103	(+ 3,08 %)

Grundsicherung für Arbeitsuchende (AS)

2005	1.422	
2010	6.046	
2011	5.675	(- 6,14 %)
2012	5.347	(- 5,78 %)
2013	5.916	(+ 10,64 %)
2014	5.456	(- 7,78 %)

Sozialhilfe (SO, AY)

2005	728	
2010	1.113	
2011	865	(- 22,28 %)
2012	786	(- 9,13 %)
2013	661	(- 15,90 %)
2014	577	(- 12,71 %)

Unfallversicherung einschließlich Bergbau-Unfallversicherung

2010	1.089	
2011	966	(- 11,29 %)
2012	947	(- 1,97 %)
2013	1.022	(+ 7,92 %)
2014	1.004	(- 1,76 %)

Krankenversicherung

2010	1.521	
2011	1.652	(+ 8,61 %)
2012	1.496	(- 9,44 %)
2013	1.931	(+ 29,08 %)
2014	1.544	(- 20,04 %)

Pflegeversicherung

2010	481	
2011	393	(- 18,30 %)
2012	483	(+ 22,90 %)
2013	463	(- 4,14 %)
2014	412	(- 11,02 %)

Vertragsarztrecht

2010	329	
2011	316	(- 3,95 %)
2012	249	(- 22,20 %)
2013	160	(- 35,74 %)
2014	153	(- 4,38 %)

Schwerbehindertenrecht mit Versorgungs- und Entschädigungsrecht

2010	4.442	
2011	3.879	(- 12,67 %)
2012	4.253	(+ 9,64 %)
2013	4.413	(+ 3,76 %)
2014	4.197	(- 4,89 %)

Güterichterverfahren

2013	16
2014	11

**Eingänge Klagen/ Anträge auf einstweiligen Rechtsschutz zur Grundsicherung
für Arbeitsuchende („Hartz IV“)**

	2005	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderungen zum Vorjahr
Stadt Dortmund	393	1.612	1.810	1.688	1.569	1.710	1.389	- 18,8 %
Stadt Bochum	194	772	748	719	673	602	597	- 0,8 %
Stadt Hagen	147	372	424	292	354	305	319	+ 4,6 %
Stadt Hamm	97	256	264	272	193	296	259	- 12,5 %
Kreis Unna	197	475	562	578	494	564	560	- 0,7 %
Kreis Siegen	97	221	255	221	155	205	170	- 17,1 %
Kreis Olpe	6	52	74	58	54	89	99	+ 11,2 %
Kreis Soest	194	398	364	289	262	287	207	- 27,9 %
Ennepe-Ruhr-Kreis	94	383	342	393	333	408	346	- 15,2 %
Hochsauerlandkreis	119	310	293	344	290	312	247	- 20,8 %
Märkischer Kreis	299	712	910	821	922	1.175	1.271	+ 8,2 %

Entwicklung der Erledigungen 2010 – 2014 (mit einstweiligem Rechtsschutz)

Gesamt: 2005 = 14.006 - pro Ist-Richter 349,71 -
 2010 = 17.412
 2011 = 18.503 (+ 4,28 %)
 2012 = 17.854 (- 3,51 %)
 2013 = 17.702 (- 0,85 %)
 2014 = 18.303 (+ 3,4 %) - pro Ist-Richter 367,75 -

Anteile der Fachsparten

Bergbau-Unfallversicherung

Rentenversicherung einschließlich

Landwirtschaftliche Rentenvers.

2010	2.477
2011	2.902 (+ 17,16 %)
2012	2.924 (+ 0,76 %)
2013	2.731 (- 6,60 %)
2014	2.658 (- 2,67 %)

Krankenversicherung

2010	1.337
2011	1.394 (+ 4,26 %)
2012	1.515 (+ 8,68 %)
2013	1.645 (+ 8,58 %)
2014	1.827 (+ 11,06 %)

Arbeitslosenversicherung

2010	1.307
2011	1.227 (- 6,12 %)
2012	1.133 (- 7,66 %)
2013	1.121 (- 1,06 %)
2014	1.134 (+ 1,16 %)

Pflegeversicherung

2010	475
2011	474 (- 0,21 %)
2012	400 (- 15,61 %)
2013	454 (+ 13,50 %)
2014	459 (+ 1,10 %)

Grundsicherung für Arbeitsuchende

2005	373
2010	5.358
2011	5.910 (+ 10,30 %)
2012	5.728 (- 3,08 %)
2013	5.370 (- 6,25 %)
2014	5.572 (+ 3,76 %)

Vertragsarztrecht

2010	299
2011	335 (+ 12,04 %)
2012	261 (- 22,09 %)
2013	249 (- 4,60 %)
2014	236 (- 5,22 %)

Sozialhilfe (SO/ AY)

2005	214
2010	915
2011	931 (+ 1,75 %)
2012	808 (- 13,21 %)
2013	867 (+ 7,30 %)
2014	735 (- 15,22 %)

Schwerbehindertenrecht mit Versorgungs- und Entschädigungsrecht

2010	4.075
2011	4.139 (+ 1,57 %)
2012	4.015 (- 3,00 %)
2013	4.188 (+ 4,31 %)
2014	4.652 (+ 11,08 %)

Unfallversicherung einschließlich

2010	979
2011	1.090 (+ 11,34 %)
2012	1.002 (- 8,07 %)
2013	981 (- 2,10 %)
2014	957 (- 2,45 %)

Entwicklung der Bestände 2010 – 2014 (mit einstweiligem Rechtsschutz)

Gesamt: 2005 = 14.456 - pro Ist-Richter 360,95 -
 2010 = 23.595
 2011 = 23.085 (- 2,16 %)
 2012 = 22.664 (- 1,82 %)
 2013 = 23.335 (+ 2,96 %)
 2014 = 22.013 (- 5,67 %) - pro Ist-Richter: 442,29

Anteile der Fachsparten

<u>Rentenversicherung</u>		<u>Krankenversicherung</u>	
2010	3.949	2010	1.826
2011	4.125 (+ 4,46 %)	2011	2.086 (+ 14,24 %)
2012	3.938 (- 4,53 %)	2012	2.067 (+ 0,91 %)
2013	3.773 (- 4,19 %)	2013	2.360 (+ 14,18 %)
2014	3.589 (- 4,88 %)	2014	2.074 (- 12,12 %)
<u>Arbeitslosenversicherung</u>		<u>Pflegeversicherung</u>	
2010	1.625	2010	643
2011	1.477 (- 9,11 %)	2011	563 (- 12,44 %)
2012	1.418 (- 3,99 %)	2012	645 (+ 14,56 %)
2013	1.374 (- 3,10 %)	2013	660 (+ 2,33 %)
2014	1.341 (- 2,40 %)	2014	609 (- 7,73 %)
<u>Grundsicherung für Arbeitsuchende</u>		<u>Vertragsarztrecht</u>	
2005	1.049	2010	585
2010	6.483 (+ 11,11 %)	2011	566 (- 3,25 %)
2011	6.371 (+ 1,73 %)	2012	554 (- 2,12 %)
2012	5.989 (- 6,00 %)	2013	487 (- 12,09 %)
2013	6.598 (+ 10,17 %)	2014	398 (- 18,28 %)
2014	6.450 (- 2,24 %)		
<u>Sozialhilfe (SO/ AY)</u>		<u>Schwerbehindertenrecht mit Versorgungs- und Entschädigungsrecht</u>	
2005	514 (nur SO)	2010	5.675
2010	1.175	2011	5.415 (- 4,58 %)
2011	1.111 (- 5,45 %)	2012	5.651 (+ 4,36 %)
2012	1.089 (- 1,98 %)	2013	5.885 (+ 4,14 %)
2013	885 (- 18,73 %)	2014	5.424 (- 7,83 %)
2014	725 (- 18,08 %)		
<u>Unfallversicherung einschließlich Bergbau-Unfallversicherung</u>			
2010	1.421		
2011	1.297 (- 8,73 %)		
2012	1.240 (- 4,39 %)		
2013	1.305 (+ 5,24 %)		
2014	1.347 (+ 3,22 %)		

Dauer der zum Abschluss gebrachten Klageverfahren (ohne einstweiligen Rechtsschutz)

	2010	2011	2012	2013	2014
unter einem Jahr	48,62 % (7.690)	46,29 % (7.996)	43,66 % (7.264)	45,29 % (7.454)	46,01 % (7.847)
Ein bis zwei Jahre	35,70 % (5.646)	34,53 % (5.964)	35,95 % (5.981)	33,04 % (5.438)	34,12 % (5.819)
mehr als zwei Jahre	16,37% (2.590)	19,18 % (3.313)	20,39 % (3.394)	21,67 % (3.566)	19,87 % (3.389)
Erledigungen insgesamt	15.926	17.272	16.639	16.458	17.055

Durchschnittliche Verfahrensdauer in Monaten

	Klageverfahren insgesamt	Grundsicherung für Arbeitsuchende
2005	10,9	3,7
2012	15,8	15,0
2013	15,3	14,5
2014	15,8	14,8
Verfahrensdauer einstweiliger Rechtsschutz 2014: 1,3 Monate		

Erfolg der erledigten Klageverfahren, an denen Versicherte und Leistungsberechtigte beteiligt waren

	2012	2012	2012	2013	2013	2013	2014	2014	2014
	Insgesamt	davon Grund- sicherung für Arbeit- suchende	davon Sozialhilfe	Insgesamt	davon Grund- sicherung für Arbeit- suchende	davon Sozialhilfe	Insgesamt	davon Grund- sicherung für Arbeit- suchende	davon Sozialhilfe
mit vollem Erfolg	13,47 %	14,44 %	9,65 %	17,82 %	19,68 %	16,75 %	13,39 %	12,12 %	7,97 %
mit teilweisem Erfolg	24,03 %	22,20 %	28,39 %	22,86 %	22,79 %	33,91 %	21,48 %	16,0 %	24,53 %
ohne Erfolg	57,13 %	55,39 %	52,45 %	52,98 %	46,71 %	39,97 %	58,75 %	59,95 %	56,18 %
auf sonstige Art	5,37 %	7,97 %	9,51 %	6,34 %	10,82 %	9,37 %	6,38 %	11,93 %	11,32 %

Entscheidungen und Berufungen

	2012	2013	2014
Erledigte Klageverfahren	16.639	16.458	17.055
davon Entscheidungen	1.261 (7,58 %)	1.324 (8,04 %)	1.379 (8,09 %)
davon Berufungen	678 (53,77 %)	668 (50,45 %)	771 (55,91 %)